Information überwiesen war. Der Parteivorstand hat es für zweifelhaft erklärt, ob die Mandatprüfungskommission hierfür zuständig sei. Vom Bezirksvorstand Württemberg ist dem Beschwerdeführer Mitteilung gemacht und bedeutet worden, daß er seinen Einspruch an Parteivorstand, Parteitag oder Mandatprüfungskommission zu richten habe. Darauf hat der Beschwerdeführer schriftlich erklärt, wenn sein bisheriger Einspruch nicht genüge, sehe er von weiterer Beschwerde ab. Darauf hat die Mandatprüfungskommission eine Behandlung des Einspruchs abgelehnt. Ich empfehle, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

(Es wird so beschlossen.)

Vors. **Eggerstedt:** Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Das Agrarprogramm.

Ich erteile dazu das Wort dem Genossen Dr. Baade.

Dr. **Baade,** Berlin (Berichterstatter): Ich erbitte Ihre Aufmerksamkeit zu Problemen, die sehr viel theoretischer scheinen als die bisher vom Parteitag behandelten Fragen. Es sind jedoch Fragen von allerhöchster politischer Aktualität, denn die Stellung zur Agrarfrage soll es der Partei in den kommenden Jahren ermöglichen, an die praktische Lösung der Agrarfrage und die politische Werbetätigkeit in der Landbevölkerung auf einer ganz anderen Grundlage und mit ganz anderer Aktivität als bisher heranzugehen. Es entspricht durchaus der Tradition der Sozialdemokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, eine Neuorientierung auf diesem Gebiet mit einer wissenschaftlichen Analyse der Agrarfrage zu beginnen.

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei so alt wie die Bewegung unserer Partei selbst. Die Auseinandersetzung mit der Agrarfrage in den vergangenen Jahrzehnten wird charakterisiert durch die Gegensätzlichkeit zweier Grundanschauungen in unserer Partei, von denen die eine von der Ueberlegenheit des Großbetriebes, die andere von der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes ausging. Die schärfsten Formulierungen dieser beiden Anschauungen stammen allerdings nicht von den theoretischen Führern der Partei, sondern sind in der Publizistik der Partei stark vergröbert worden, so daß die Gegensätze in der Diskussion oft stärker als bei den theoretischen Führern erschienen. Trotzdem läßt es sich nicht bestreiten, daß in einer ganzen Periode unserer Partei die Stellung zur Agrarpolitik mehr oder weniger von der Vorstellung beherrscht wurde, daß der Bauernstand zu den versinkenden Mittelschichten gehöre und eine Lebensberechtigung in Zukunft nicht habe, daß alle Versuche, durch Hilfsmaßnahmen den Bauernstand zu erhalten, aus der wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftsgesetzlichen Entwicklung zur Aussichtslosigkeit verdammt sein müßte, und es deshalb eine reaktionäre Wirtschaftspolitik wäre, dem Bauernstand zu helfen. Heute, nach mehr als 50jähriger Erfahrung auch in Agrarfragen, können wir uns nicht wundern, daß wir mit einer solchen Grundeinstellung innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht viele Fortschritte gemacht haben. Bei einer solchen Grundeinstellung ist eine positive, auf die Gegenwart gerichtete Agrarpolitik, die zu den Nöten der landwirtschaftlichen Bevölkerung positiv und praktisch Stellung nimmt, nicht möglich.

Infolgedessen ist es zweifellos ein Fortschritt gewesen, wenn schon sehr frühzeitig in der Parteidiskussion der entgegengesetzte Standpunkt entwickelt wurde. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Entwicklungsgesetze in der Landwirtschaft besonderer Art sind im Verhältnis zu der Industrie, wurde festgestellt, daß von einem Verschwinden der kleineren, bäuerlichen Betriebe

gar nicht gesprochen werden kann, daß sich die ganze Welt der bäuerlichen Wirtschaft mit einer ungeheuren Lebenszähigkeit erhält, und daß infolgedessen die Sozialdemokratie bei jeder Stellungnahme zur Agrarfrage von dieser Tatsache ausgehen muß. Es ist nach dieser Auffassung also keine reaktionäre Wirtschaftspolitik, positive Agrar- und Bauernpolitik zu treiben, sondern eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die die Gesamtheit des wirtschaftlichen Lebens in ihr Programm einziehen will, die die Interessen aller Arbeitenden in der gesamten Wirtschaft wahrnehmen will.

Die Auseinandersetzungen dieser beiden Strömungen in der Partei ist bis zum Kriege zu keinem Abschluß gekommen. Der Vorschlag der alten Agrarkommission, die versuchte, in den Jahren 1894/1895 ein Agrarprogramm der positiven Agrarpolitik und Bauernpolitik aufzustellen, ist durch den Breslauer Parteitag abgelehnt worden. Bis zum Krieg waren daher die sehr knappen Sätze des Erfurter Programms unsere einzigen programmatischen Richtlinien in der Agrarfrage. Trotzdem hat von Jahr zu Jahr, und ganz besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in steigendem Maße die tatsächliche Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und vor allen Dingen der Reichstagsfraktion und der einzelnen Landtagsfraktionen in einem gewissen Gegensatz zu dieser programmatischen Stellung gestanden; wir haben also praktisch schon lange das getrieben, was von der alten Agrarkommission gefordert wurde, nämlich eine positiv aufbauende Agrarpolitik unter Anerkennung der bäuerlichen Wirtschaft.

Ich sagte, daß diese praktische Orientierung besonders in der Nachkriegszeit gewaltig verstärkt wurde. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie in den ersten Jahren nach dem Krieg durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung und Bodenreform ging, und welchen starken Widerhall diese Bewegung in unserer Partei gefunden hat. Für mein persönliches Empfinden sind wir sogar in jenen Jahren in der kritiklosen Uebernahme von Forderungen auf dem Gebiete der Siedlung zuweilen über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!)

In den letzten Jahren haben wir in Agrarfragen zwar kein eigentliches Programm gehabt, aber einen programmatischen Antrag der Reichstagsfraktion, der nach der Parteieinigung gefaßt wurde, und der in seiner siedlungsfreudigen Tendenz weit über das hinausgeht, was in dem heutigen Agrarprogrammentwurf niedergelegt ist. Dieser Antrag der Reichstagsfraktion hat uns gewissermaßen als Ersatz für ein Agrarprogramm gedient und ist ohne irgendwelchen Widerspruch der gesamten Parteipresse immer in dieser Art benutzt worden.

Angesichts dieser Sachlage konnte es für die Agrarkommission praktisch nicht in Betracht kommen, auf Anschauungen zurückzugreifen und ihr Gutachten auf Auffassungen aufzubauen, die, soweit sie überhaupt jemals in der Partei in ihrer schroffen Form geteilt worden sind, längst überwunden sind, und auch von den theoretischen Führern des Marxismus in der oft gehörten vergröberten Form niemals geteilt worden sind. Gerade Genosse Karl Kautsky hat in den letzten Wochen zu den programmatischen Auseinandersetzungen unserer Partei in der Agrarfrage Stellung genommen und dabei sehr großen Wert auf die Feststellung gelegt, daß er selbst niemals behauptet hat, daß der bäuerliche Betrieb in der Zeit, in der wir heute leben, verschwinden wird, und daß die Lösung der Agrarfrage in der primitiven Weise erfolgen wird, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft den Kleinbetrieb ebenso aufsaugt, wie er es in der Industrie zu tun zweifellos die Tendenz hat.

Die Anerkennung der Tatsache, daß es bäuerliche Betriebe gibt, daß in den bäuerlichen Betrieben in Deutschland das Schwergewicht der Agrarproduktion

ruht, daß diese bäuerlichen Betriebe eine Lebenskraft aufweisen, die uns, ob wir das an sich begrüßen oder nicht, zwingt, mit der weiteren Existenz dieser bäuerlichen Betriebe auf praktisch unbegrenzte Zeit als einer gegebenen Tatsache zu rechnen —, dieser Umstand mußte für die Agrarprogrammkommission der Ausgangspunkt sein, um jetzt endlich die Einheit zwischen der prinzipiellen programmatischen Stellungnahme der Partei und der seit langem von der Partei in der Agrarfrage betriebenen praktischen Politik herzustellen. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Agrarprogrammkommission nun etwa unkritisch und in vollem Umfang alles übernommen hätte und hätte übernehmen müssen, was als Bauernpolitik innerhalb der Parteireife formuliert worden ist. Auch die Auffassungen des Genossen David, der als erster und bedeutungsvollster Vorkämpfer für den Gedanken einer Bauernpolitik in der Partei für Ewigkeit ein bleibendes Verdienst haben wird, hat sich die Agrarkommission nicht kritiklos zu eigen gemacht. Ich kann Ihnen sagen, daß unsere Diskussion in der Agrarkommission zu einem wesentlichen Teil in einer lebhaften theoretischen und kritischen Auseinandersetzung mit David und seinen Gedankengängen bestanden hat.

Den einleitenden und theoretischen Teil meines Referats will ich daher so gliedern, daß ich Ihnen hier zu zeigen versuche, welche Stellungnahme das Programm in den wesentlichen Punkten zu den in der prägnantesten Form von David entwickelten agrarischen Gedankengängen der Bauernpolitik einnimmt.

Wir können in diesen Gedankengängen zwei Hauptbestandteile unterscheiden. Der erste ist eine ganz einfache Tatsachenfeststellung, die darin besteht, daß in der Entwicklung der Betriebsverteilung in der Landwirtschaft nicht der geringste Anhaltspunkt für ein Zurückdrängen der bäuerlichen Betriebe durch den Großbetrieb, für eine Konzentrationsbewegung zu erblicken ist. Diese Tatsache kann von niemand mehr bestritten werden. Die Zahlen der Betriebsstatistik, die wir nunmehr für ein halbes Jahrhundert in Deutschland überblicken, gestatten nicht mehr den mindesten Zweifel an dieser Tatsache. Bereits die letzte Betriebszählung vor dem Kriege von 1907 zeigte, verglichen mit den vorangehenden Betriebszählungen, ein absolut eindeutiges Bild in dem Sinne, daß der bäuerliche Betrieb nicht vom Großbetrieb zurückgedrängt wird, daß er sich nicht nur der Zahl und der Fläche nach behauptet hat, sondern daß der bäuerliche Betrieb, vor allen Dingen in der wichtigsten Größenklasse zwischen 5 und 20 Hektar von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in einem unleugbaren Vordringen begriffen ist. Die bäuerlichen Betriebe haben von den Zählungen des Jahres 1882 bis 1907 der Zahl nach um 140 000 Betriebe, d. h. um 15 Proz. zugenommen, der Fläche nach um über 1,2 Millionen Hektar, also ungefähr um 14 Proz., und zwar ist diese Zunahme der Fläche vor allem erfolgt auf Kosten der großbäuerlichen Betriebe und der Großbetriebe. Man darf auch nicht den Gedanken aufkommen lassen, daß dieses Vordringen der bäuerlichen Betriebe in der Vorkriegszeit lediglich eine Folge der Siedlungsgesetzgebung und der Kolonisationsbestrebungen im deutschen Osten gewesen sei. Was wirklich in diesen Jahrzehnten mit Hilfe des Staates im deutschen Osten kolonisiert worden ist, ist nur ein geringer Bruchteil des Zuwachses der bäuerlichen Betriebe, welche der Zahl nach noch nicht ein Viertel des tatsächlichen Zuwachses der bäuerlichen Betriebe in jenem Zeitraum ausmacht. Wenn man die Maßnahmen der staatlichen Agrarpolitik bei den Verschiebungen zwischen den Betriebsgrößen erwähnt, so darf man nicht einseitig auf diese Förderung der bäuerlichen Betriebe durch die Innenkolonisation und durch die Auflösung der polnischen Güter blicken, sondern muß sich auch vor Augen halten, daß unsere staatliche, vor allem auch die

preußische Agrarpolitik alles andere gewesen ist als eine bäuerliche Agrarpolitik, daß sie überwiegend auf die Förderung des Großgrundbesitzes eingestellt gewesen ist.

Aus den Zahlen der Betriebsstatistik entnehme ich als bedeutungsvolle Tatsache aber nicht nur, daß der bäuerliche Betrieb sich behauptet, ja sogar ausgedehnt hat, sondern ich entnehme aus der Betriebsstatistik auch, daß eigentlich alle Kategorien von Betriebsgrößen in der Landwirtschaft ihre Existenz mit einer geradezu erstaunlichen Lebenszähigkeit behauptet haben. Wenn man bedenkt, daß wir auf Grund der Betriebsstatistik heute etwa ein halbes Jahrhundert überblicken, so muß einem als am stärksten in die Augen springender Faktor die Tatsache auffallen, daß die Verschiebungen so überaus gering sind, daß die landwirtschaftliche Produktion und Betriebsweise in allen Betriebsgrößenklassen eine so ungeheure Stabilität aufweist. Selbst die stärkste Verschiebung, die in den letzten Jahrzehnten eingetreten ist, die Ausdehnung der bäuerlichen Betriebe in der Größenklasse zwischen 5 und 20 Hektar auf Kosten der Großbetriebe und der großbäuerlichen Betriebe, ist, auf die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft umgerechnet, recht geringfügig. Es kann uns bedeutsam erscheinen, wenn wir sehen, daß in einem Zeitraum von 25 Jahren die bäuerlichen Betriebe mehr als 1 Million Hektar gewonnen haben; aber wie gering diese Verschiebung ist, erkennen wir, wenn wir sie auf die Gesamtheit beziehen und uns klar machen, daß es nicht weniger als 250 Jahre dauern würde, bis bei der Fortsetzung dieser Entwicklung in gleichem Umfange und im gleichen Tempo der gesamte Grundbesitz des Großbetriebes in der Landwirtschaft zugunsten der bäuerlichen Betriebe aufgelöst wäre. Von einer sehr starken Entwicklungstendenz zugunsten des bäuerlichen Betriebes kann also auf Grund dieser Zahlen ebenso wenig gesprochen werden wie von irgend einer anderen Entwicklungstendenz. Ich habe für mich aus den Zahlen der Betriebsstatistik immer wieder nur die Tatsache abgelesen, daß große Entwicklungstendenzen, die eine rasche Umgestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse erwarten ließen, weder in der einen noch in der anderen Richtung zu beobachten sind, daß gerade die Stabilität der Betriebsverhältnisse in der Landwirtschaft das bedeutsamste Phänomen ist, und daß deswegen prinzipiell alle Anschauungen an der Wahrheit vorübergehen müssen, die die Lösung der Agrarfrage in einer grundlegenden und rasch vor sich gehenden Umwälzung der Betriebsverhältnisse erwarten. Ich halte es für eine prinzipiell irrige Auffassung, ein Agrarprogramm und gar ein sozialistisches Agrarprogramm auf der Erwartung aufzubauen, daß in einer absehbaren Zeit entweder der Großbetrieb den Kleinbetrieb oder der Kleinbetrieb den Großbetrieb verdrängen würde.

Wenn man die Dinge so nimmt, wie sie wirklich sind und nach echter marxistischer Methode von der Analyse der Wirklichkeit ausgeht, wenn man feststellen muß, daß die Verschiebungen zwischen den Betriebsgrößenklassen sehr geringfügig sind, dann kommt man zu einer Feststellung, die vielleicht manchem von uns schon oft auf dem Herzen gelegen hat, daß nämlich der Streit um die vorteilhafteste Betriebsgröße, der uns in der Agrarpolitik eigentlich jahrzehntelang als Ersatz eines Agrarprogramms gedient hat, maßlos aufgebauscht worden ist. (Lebh. Zustimmung.)

Zu dem gleichen Ergebnis komme ich, wenn ich mir nun die Argumente ansehe, die für die Ueberlegenheit der einen Betriebsgrößenklasse oder der anderen Betriebsgrößenklasse ins Feld geführt worden sind. Sie wissen, daß man sehr viel von der Ueberlegenheit des bäuerlichen Familienbetriebes

gegenüber dem Großbetrieb gesprochen hat. In diesem Zusammenhang sind sehr viele richtige Feststellungen gemacht worden. Es ist zweifellos richtig, daß in der Landwirtschaft ganz andere Gesetze für die Betriebsgrößenbildung gelten als in der Industrie, daß eine Konzentration der Produktion auf eine kleine Fläche mit einer gewaltigen Produktenmenge niemals in dem gleichen Maße möglich ist wie in der Industrie. Es ist auch durchaus richtig, daß in der Landwirtschaft die menschliche Arbeit als Qualitätsarbeit, als eine Arbeit, die mit der höchsten Sorgfalt und dem höchsten Eigeninteresse geleistet werden muß, eine ganz besondere Rolle spielt. Der Familienbetrieb, der nur mit eigenen und interessierten Arbeitskräften wirtschaftet, hat in dieser Beziehung einen recht bedeutsamen Vorsprung vor dem größeren Betrieb, der mit fremden Arbeitskräften wirtschaften muß, weil die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion es nicht gestatten, eine solche Kontrolle über die Arbeitsleistung gerade hinsichtlich der Qualität der Arbeit in jedem Punkte durchzuführen, wie das in der Industrie möglich ist. Daraus kann man aber nicht folgern, daß nun der Familien- und der Kleinbetrieb dem Großbetrieb in einer entscheidenden Weise überlegen sein müßte. Wenn man sieht, daß der bäuerliche Betrieb und der Familienbetrieb sich auf Grund der Tatsache, daß er nur über eigene Arbeitskräfte verfügt, besonders zähe erhält und sogar vordringt, darf man nicht vergessen, daß in einer großen Anzahl der bäuerlichen Betriebe gerade diese Lebenskraft aufgebaut ist auf einer grenzenlos bescheidenen Lebenshaltung der ganzen Familie, auf einer starken Selbstausbeutung, auch der Arbeitskräfte von Frau und Kindern. (Sehr wahr!) Noch viel bedeutsamer aber für die Leistungen der einzelnen Betriebsgrößen scheint mir eine Tatsache zu sein, die bisher in der Diskussion über die Betriebsgrößenfrage in unserer Partei viel zu wenig beachtet worden ist, daß nämlich die produktiven Leistungen zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der deutschen Landwirtschaft gegenwärtig sehr stark zuungunsten des Kleinbetriebes verteilt sind. Sehen Sie sich eine Karte der Hektarerträge in der deutschen Landwirtschaft an, so werden Sie finden, daß die Ernteerträge bei allen wichtigen Feldfrüchten in den Gebieten des überwiegenden Großbetriebes wesentlich höher sind als in den bäuerlichen Gebieten, besonders in den kleinbäuerlichen Gebieten. Ich will damit nicht behaupten, daß die moderne Technik, mit deren Hilfe der Großbetrieb es verstanden hat, dem Boden höhere Erträge abzuringen als der Kleinbetrieb, dem Kleinbetrieb nicht zugänglich wäre. Die Erörterung all der Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die moderne Technik in den Kleinbetrieb hineinzubringen, ist gerade der Kernpunkt unseres Agrarprogramms. Aber wenn wir auch zugeben, daß dem Kleinbetrieb alle diese Maßnahmen der modernen Technik zugänglich sind und zugänglich gemacht werden können, dürfen wir doch nicht verkennen, daß gegenwärtig die technische Rückständigkeit im Kleinbetrieb wesentlich größer ist als in der Mehrzahl der Großbetriebe, und daß hier ungeheure Aufgaben vorliegen. Der Großbetrieb hat zweifellos in der Geschichte der landwirtschaftlichen Produktion, besonders in der Geschichte des Fortschrittes der landwirtschaftlichen Technik, immer wieder die Rolle des Pioniers spielen müssen. Immer wieder sind wichtige technische Fortschritte zuerst in Großbetrieben ausprobiert und durchgesetzt worden, und es hat oft Jahrzehnte gedauert, bis sie in die große Masse der Kleinbetriebe übergegangen sind. Ich glaube, daß die Landwirtschaft den technischen Fortschritt auch in der Zukunft niemals wird entbehren können, und daß deswegen der Großbetrieb in einem gesunden Umfang in der Landwirtschaft stets als Träger des technischen Fortschritts nötig sein wird.

Wenn man in der Betriebsgrößenfrage zu dem Ergebnis kommt, daß sowohl der Großbetrieb als der Kleinbetrieb in den einzelnen Gegenden und in den verschiedenen Produktionszweigen besondere Vorzüge aufzuweisen hat, so erscheint es einem erst recht weltfremd, daß man in den Mittelpunkt der Diskussion über die Agrarfrage gerade von sozialistischer Seite die Betriebsgrößenfrage gestellt hat. Wir müssen uns wirklich mit beiden Füßen in die Wirklichkeit hineinstellen und von der Tatsache ausgehen, daß es in einem Lande wie Deutschland stets eine gewisse Mischung großer, kleinerer und ganz kleiner Betriebe gegeben hat, daß jede Betriebsgrößenklasse ihre besondere Bedeutung und ihre besondere Lebensberechtigung hat; daß höchstwahrscheinlich dieses Nebeneinander der verschiedenen Betriebsgrößen, jedenfalls für die aktuelle Politik, ständig eine gegebene Tatsache sein wird. Aus allen diesen Gründen kann das eigentliche Problem der Agrarfrage gar nicht in der Verschiebung zwischen den einzelnen Betriebsgrößen gesucht werden. Ich bin durchaus der Meinung, daß die heutige Verteilung der Betriebsgrößen in der deutschen Landwirtschaft, der Zustand, daß wir auf der einen Seite Gegenden mit überwiegendem Grundbesitz und Großbetrieb haben, auf der anderen Seite Gebiete, die überfüllt sind mit Menschen, und in denen die Betriebe durch die Zersplitterung allzu klein geworden sind, in starkem Maße verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig ist. Gen. Krüger wird in seinem Referat, das hauptsächlich von der Siedlung und von der Bodenreform handelt, die hierhergehörigen Probleme, die selbstverständlich auch in einem sozialdemokratischen Agrarprogramm einen breiten Raum einnehmen müssen, entwickeln. Aber der Ausgangspunkt für unser Agrarprogramm kann m. E. nie und nimmer in der Betriebsgrößenfrage gesucht werden.

Ich möchte nun versuchen, Ihnen mit einigen Worten klar zu legen, worin ich den Kernpunkt erblicke, an welchem die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Agrarfrage orientiert sein muß. Dabei kann ich nur von der Tatsache ausgehen, daß die Sozialdemokratische Partei in erster Linie eine Partei der breiten städtischen Massen des Industrieproletariats und der großen Masse der städtischen Verbraucher ist. Sie ist eine Partei, die die politische Macht will und die mit der politischen Macht gleichzeitig die Verantwortung für eine Gestaltung des Wirtschaftslebens übernehmen will, die den nächsten und wichtigsten ökonomischen Interessen der proletarischen Schichten entspricht. Von dieser Einstellung aus muß für uns die Agrarfrage von eminenter Bedeutung werden, weil sie die Frage der Ernährung der städtischen Massen ist und — vielleicht halten Sie das für einen etwas hausbackenen und banalen Standpunkt; aber ich scheue mich nicht, zu erklären, daß für die Sozialdemokratie als die Partei der städtischen Massen die Agrarfrage in allererster Linie eine Magenfrage ist. Unser Interesse an der Agrarfrage ist verankert in dem Interesse der städtischen Massen an einer reichlichen und billigen Ernährung, an den Aufstiegsmöglichkeiten des industriellen Proletariats und den Entwicklungsmöglichkeiten des Reallohnes. Dabei glaube ich, daß diese Einstellung der Agrarfrage, die auf den erste Blick so banal zu sein scheint, letzten Endes eminent sozialistisch ist, denn ich glaube, Ihnen zeigen zu können, daß eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, sowie sie diesem höchst einfachen Interesse der städtischen Massen entspricht, nicht möglich ist, ohne daß die Agrarfrage in sozialistischem Sinne gelöst wird.

Ich bin mir bewußt, daß diese Gedankengänge dem deutschen Proletariat und dem Proletariat sämtlicher europäischen Industrieländer zunächst ziemlich fern liegen; aber wenn Sie aufmerksam in die Arbeiterbewegung gerade der europäischen Industrieländer hineinblicken, können Sie nicht verkennen, daß derartige Gedanken in den mannigfachsten Formulierungen von Jahr zu Jahr

mehr Raum gewinnen. Am charakteristischsten scheint mir in dieser Beziehung die Haltung der englischen Arbeiterpartei zu sein, die ursprünglich am stärksten ihrer Tradition nach auf die engere industrielle Sphäre eingestellt war, die in der Vorkriegszeit am wenigsten Interesse für die Entwicklung der Landwirtschaft ihres Landes hatte. Jetzt steht dagegen in der Labour Party schon seit Jahren die Agrarfrage im Mittelpunkte der Diskussion, und immer wieder wird hier die Agrarfrage von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß ein Zusammenhang bestehen muß zwischen der ungenügenden Lösung der Agrarfrage, die die kapitalistische Wirtschaft herbeigeführt hat und der Notlage der industriellen Massen, wie sie sich in der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Periode besonders durch die Massenarbeitslosigkeit charakterisiert, die in den europäischen Industrieländern geradezu zu einer Dauererscheinung zu werden droht.

Um Ihnen diesen Gedankengang verständlich zu machen, muß ich einige historische Ausführungen machen. Ich sagte, daß in der deutschen Sozialdemokratie und in der sozialdemokratischen Bewegung der übrigen europäischen Industrieländer ein lebhaftes Interesse für die Agrarfrage als eine Frage der landwirtschaftlichen Produktion vor dem Kriege nicht vorhanden gewesen ist. Wir brauchen uns darüber nicht zu wundern, wenn wir bedenken, daß das letzte halbe Jahrhundert in der Vorkriegszeit, vor allem die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts weltwirtschaftsgeschichtlich dadurch charakterisiert sind, daß der Nahrungsmittelspielraum der Erdbevölkerung sich in einem Maße ausgedehnt hat, wie es in der Geschichte der menschlichen Wirtschaft noch niemals vorgekommen ist, daß er sich ausgedehnt hat mittels Methoden, die wohl immer einzigartig in der Geschichte der menschlichen Wirtschaft bleiben werden. Ein Ernährungsproblem hat es für die europäischen Völker von 1850 bis 1900 nicht gegeben, weil in jenen Jahrzehnten ungeheuere Flächen jungfräulichen, fruchtbaren Neulandes in Amerika für die landwirtschaftliche Produktion erschlossen wurden, weil die Nahrungsmittelproduktion der Erde spielend gesteigert werden konnte, ohne daß wir damit unter die Herrschaft des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag gekommen wären, ohne daß die Agrarpreise eine steigende Tendenz aufgewiesen hätten. Wir sehen sogar jahrzehntelang eine deutlich fallende Tendenz der Agrarpreise.

Wenn Sie sich die Entwicklung der europäischen Industriewirtschaft im gleichen Zeitraum vor Augen halten, wenn Sie bedenken, daß die städtische Bevölkerung Europas sich von 1870 bis 1910 mehr als verdoppelt hat, während die landwirtschaftliche Bevölkerung sogar zurückgegangen ist, wenn Sie berücksichtigen, daß der Nahrungsmittelanspruch der städtischen Bevölkerung gleichzeitig durch die Steigerung des Reallohnes, die infolge des industriellen und allgemeinen Fortschritts möglich war, gewaltig gewachsen ist, so ist es eine mit Händen zu greifende Tatsache, daß eine derartige Entwicklung bei stagnierender europäischer Landwirtschaft nicht möglich gewesen wäre, wenn sich nicht an einer anderen Stelle des Erdballs die agrarische Produktion ebenso gewaltig ausgedehnt hätte, wie in Europa die industrielle Produktion.

Unser ganzes Denken von dem, was volkswirtschaftlich gesund und normal ist, baut sich im wesentlichen noch stark auf den Erfahrungen des halben Jahrhunderts von 1850 bis 1900 auf. Wir halten es für eine selbstverständliche Leistung einer normalen Wirtschaft, daß sich ein Kontinent wie Europa einen unbegrenzten Bevölkerungszuwachs gestatten kann, und daß dieser Bevölkerungszuwachs einseitig in der industriellen Sphäre untergebracht wird. Gerade wir als Arbeitervertreter halten es darüber hinaus für eine normale Entwicklung, daß bei einer derartigen Bevölkerungs- und Produktionsentwicklung noch fortgesetzt der Reallohn und die Lebenshaltung der breiten Massen steigt. Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, daß eine derartige

Entwicklung überhaupt nicht vorstellbar ist, ohne daß die Versorgung dieser Bevölkerung mit Lebensmitteln in dem gleichen Tempo vor sich geht, wie die Vermehrung der Bevölkerung und die Steigerung des Reichtums.

Es ist heute von der Wissenschaft allgemein anerkannt, daß diese Expansionsperiode der agrarischen Weltproduktion durch die Inangriffnahme neuer Böden eine ganz spezielle Erscheinung des halben Jahrhunderts von 1850 bis 1900 gewesen ist, daß bereits seit der Jahrhundertwende das Tempo der Nahrungsmittelvermehrung in der Weltproduktion wesentlich langsamer wurde. Wir brauchen nur nach denjenigen Maßstäben zu suchen, die uns für eine derartige Entwicklung am nächsten liegen, nach der Entwicklung der Lebensmittelpreise und der Reallöhne, um die volle Bestätigung dieser Tatsache zu haben. Seit der Jahrhundertwende, seitdem der Expansionsprozeß in Uebersee langsamer vor sich geht, sind wir wieder in die große weltgeschichtliche Bewegung der steigenden Getreidepreise, der steigenden Fleischpreise hineingeraten. Seit 1900 hat — und das ist für uns besonders bemerkenswert — die Entwicklung der Reallöhne in England und Deutschland eine viel langsamere Tendenz angenommen als in den Jahrzehnten vorher.

Diese Verknappung des Nahrungsmittelspielraumes der Erde im Verhältnis zu den Fortschrittstendenzen des Proletariats und der industriellen Produktion hat sich durch den Krieg zweifellos wesentlich verschärft. Ich brauche nur an den Ausfall Rußlands und der ganzen osteuropäischen Agrarüberschußstaaten infolge der Agrarreformen zu erinnern, einen Ausfall in der Nahrungsmittelversorgung des Weltmarktes, der auch durch die Produktion Argentiniens, Australiens usw. nicht annähernd wett gemacht werden konnte. Es ist heute eine von der Wissenschaft ganz allgemein anerkannte Tatsache — das ist bei den Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz auch einstimmig zum Ausdruck gebracht worden —, daß die Periode der kolonisatorischen Entwicklung der Weltagrarproduktion, die Periode, in der die europäische Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion in Uebersee bedroht werden konnte, längst vorbei ist, daß die Nahrungsmittelproduktion in Uebersee heute durchaus nicht mehr mit billigeren Produktionskosten zu rechnen hat als die Nahrungsmittelproduktion in Europa, und daß damit auch selbstverständlich die alten schutzzöllnerischen Ideen in der europäischen Landwirtschaft vollkommen ihren Boden verloren haben. (Sehr richtig!) Wir haben aber billig darüber zu triumphieren, daß die schutzzöllnerischen Theorien ihren Boden verloren haben. Wir müssen uns daran erinnern, daß jene Periode der fallenden Lebensmittelpreise, die im vorigen Jahrhundert in der europäischen Landwirtschaft die Schutzzollforderungen begünstigt hat, gleichzeitig die Basis für die glänzende industrielle Entwicklung und für die Steigerung der Reallöhne in Europa gewesen ist. Wir, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, haben daher in der Frage der Agrarproduktion das größte Interesse daran, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion mit allen Kräften wieder belebt wird, daß wir aus der Zeit der steigenden Getreidepreise, der steigenden Lebensmittelpreise wieder herauskommen, und daß der Kampf der Menschheit gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, der heute nicht mehr durch die Erschließung neuer Böden in Uebersee geführt werden kann, mit neuen Mitteln gerade in der europäischen Landwirtschaft im Interesse einer verbilligten Lebenshaltung der breiten Massen fortgeführt wird.

Wenn ich eben zeigte, daß das Interesse des städtischen Proletariats an der landwirtschaftlichen Produktion von der Seite der Versorgung mit Nahrungsmitteln sehr groß ist, so möchte ich noch hinzufügen, daß dieses Interesse ebenso stark ist von der Seite der Absatzmöglichkeiten für Industrieprodukte. Die europäische Industrie hätte im vorigen Jahrhundert niemals diese Entwicklung

nehmen können, wenn sich ihr nicht in der Entwicklung der überseeischen Agrarländer ein unbegrenzt aufnahmefähiger und kaufkräftiger Markt für europäische Industrieprodukte erschlossen hätte. Auf diesem Gebiete sind selbstverständlich genau die gleichen Wandlungen eingetreten, wie auf dem Gebiete der Lebensmittelproduktion. Es ist eine Behauptung, für die ich jeden Beweis antreten zu können glaube, daß das Problem der industriellen Stagnation, das seit dem Ende des Krieges das Kernproblem der Industriearbeiterschaft in allen europäischen Ländern geworden ist, daß gerade auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit in ursächlichem Zusammenhang mit der Tatsache steht, daß die Ausweitung des Nahrungsmittelspielraumes der Erde, und daß die Erweiterung des Austausches von Agrarprodukten gegen Industrieprodukte in Uebersee nicht mehr in demselben Tempo vor sich geht, wie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Es ist deswegen gerade vom Standpunkte des Absatzes von Industrieprodukten eine Lebensfrage für das industrielle Proletariat, daß der wachsenden industriellen Produktion wachsende Märkte erschlossen werden, nicht zuletzt auch gerade im Austausche gegen Agrarprodukte.

Wir haben alle in den letzten Jahren sehr viel Gelegenheit gehabt, uns mit dem Schlagwort der Rationalisierung zu beschäftigen. Als Sozialisten stehen wir auf dem Standpunkt, daß es nötig ist, der Arbeit in der Industrie durch bessere technische Ausrüstung und Arbeitsorganisation einen immer höheren Nutzeffekt zu sichern. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß in den letzten Jahren, besonders in Deutschland, die Rationalisierung der Arbeiterschaft wenig Vorteil gebracht hat, daß sie sich in erster Linie nicht in eine Steigerung der Reallöhne, sondern in eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit umgesetzt hat. Das ist ein Zusammenhang, der leicht begreiflich wird, wenn man sich klar macht, daß die Rationalisierung zwei Möglichkeiten bietet: nämlich entweder dasselbe Produkt mit einer geringeren Zahl von Arbeitern oder aber mit der gleichen Zahl von Arbeitern ein größeres Produkt herzustellen. Das zweite ist unsere Forderung; denn ein größeres Produkt mit derselben Zahl von Arbeitern herzustellen, bedeutet letzten Endes die Möglichkeit einer Steigerung des Reallohnes, eine Möglichkeit, die durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf selbstverständlich erst erzwungen werden muß, die aber von der ökonomischen Seite her erst einmal geschaffen werden muß. Deswegen ist die Fruchtbarmachung der Rationalisierung für eine Steigerung der Reallöhne davon abhängig, daß wir fortgesetzt den Markt für Industrieprodukte erweitern. Ich kann mir neben der Steigerung der Löhne keine bessere Ausweitung des Absatzes für Industrieprodukte denken, als eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, durch welche die Kaufkraft der Landbevölkerung für Industrieprodukte auf dem natürlichsten Wege vermehrt wird.

Sie wissen, Genossen, daß mit dem Wort von der Kaufkraft der Landbevölkerung in den letzten Jahren ein schändlicher Mißbrauch getrieben worden ist, daß man der Landbevölkerung immer wieder eingeredet hat, eine Steigerung der Kaufkraft wäre gleichbedeutend mit einer Preissteigerung der Agrarprodukte. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Steigerung der agrarischen Kaufkraft nicht den geringsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt bringen kann. Sie bedeutet nichts anderes als eine Uebertragung der Kaufkraft aus einer Tasche in die andere, einen Zuwachs der agrarischen Kaufkraft auf Kosten der breiten städtischen Massen. Ebenso sicher ist aber, daß eine wesentliche Belebung der gesamten Wirtschaft erfolgen würde, wenn die Landbevölkerung ihre Kaufkraft für die Industrieprodukte dadurch steigert, daß sie ihr Angebot an Agrarprodukten vermehrt, und daß dem gemeinsamen

Interesse der schaffenden Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft damit am besten gedient ist.

Ich glaube nun, daß dieses Problem nicht nur durch die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung für das industrielle Proletariat in Westeuropa so bedeutsam geworden ist, sondern daß die Agrarfrage im Sinne einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch deswegen höchst aktuell geworden ist, weil die europäische Landwirtschaft und nicht zuletzt auch die deutsche Landwirtschaft noch große unausgenutzte Produktionsmöglichkeiten in sich birgt. Ich glaube, daß das interessanteste Phänomen, das die Landwirtschaft Europas oder Deutschlands zu bieten hat — viel interessanter als der ganze Betriebsgrößenstreit —, in dem ungeheuer ungleichmäßigen Entwicklungsgrad der landwirtschaftlichen Technik liegt. Wir haben im letzten Jahrhundert eine Umwälzung der landwirtschaftlichen Technik erlebt, vor allem durch die Erfindung der künstlichen Düngemittel, durch die Züchtung hochwertigen Saatgutes und leistungsfähiger Tierrassen, durch die Ausarbeitung wissenschaftlich begründeter Fütterungsmethoden, die es gestatten würden, die landwirtschaftliche Produktion ohne Steigerung der Unkosten zu verdoppeln, vielleicht zu verdreifachen. Diese Fortschritte, die gerade heute für die europäischen Industrieländer von der größten Bedeutung sein würden, sind aber in der europäischen Landwirtschaft, obwohl sie zum Teil seit mehr als einem halben Jahrhundert zurückliegen, erst in einem ganz geringen Bruchteil der landwirtschaftlichen Betriebe verbreitet. Dieses Urteil über die landwirtschaftliche Technik mag dem Laien erstaunlich scheinen. Jedes Eindringen in die landwirtschaftliche Wirklichkeit bestätigt aber immer wieder den Satz, daß der größte Teil gerade der bäuerlichen Betriebe auch in einem so hochentwickelten Lande wie Deutschland noch heute eine landwirtschaftliche Technik verfolgt, die in rationellen Betrieben schon vor mehr als 50 Jahren überwunden worden ist. Diese Verbreitung der modernen Technik in der Landwirtschaft kann zu einem ganz entscheidend wichtigen Hebel für die Entwicklung des Wohlstandes in sämtlichen europäischen Industriestaaten werden, besonders auch für die Ueberwindung der Arbeitslosenkrise und der Stagnation in den Reallöhnen der Industriearbeiterschaft. Es leuchtet ein, daß in diesem Punkte die Interessen der ländlichen Massen mit denen der städtischen Massen zusammenfallen. Ich möchte Sie dringend bitten, den Satz, mit dem der Abschnitt über die Produktionssteigerung in unserem Programm eingeleitet ist: daß in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sich die Lebensinteressen der industriellen Arbeiterschaft mit denen der schaffenden Landbevölkerung vereinigen, nicht etwa für eine schöne Phrase zu halten. Es ist hier vielmehr eine der wichtigsten ökonomischen Wahrheiten ausgesprochen, die beide Teile, das städtische Proletariat und die arbeitende Landbevölkerung, sich gar nicht tief genug einprägen können.

Sie sehen aus dem Entwurf des Agrarprogramms, daß wir uns auf den Standpunkt gestellt haben, daß von den bisherigen Regierungen, vor allem von dem alten Regime in Deutschland, auf diesem Gebiete, das ich für das wichtigste der Agrarpolitik halte, eigentlich alles vernachlässigt worden ist. Die Ausbreitung der modernen Technik in der bäuerlichen Landwirtschaft, die wichtigen Aufgaben des landwirtschaftlichen Bildungswesens sind systematisch vernachlässigt worden. Wenn man es darauf angelegt hätte, durch Vernachlässigung des Volksschulbildungswesens auf dem Lande und durch vollständige Verkümmerung des bäuerlichen Fachschulwesens die Ausbreitung der technischen Fortschritte in der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland zu verhindern — man hätte es nicht besser und wirksamer tun können, als das alte Regime es mit dem vollkommenen Fehlen einer praktischen Bauernpolitik

getan hat. Sie sehen aus dem Programmentwurf, daß hier eine Menge von Maßnahmen entwickelt ist, die auch von bürgerlicher Seite für eine Förderung der bäuerlichen Wirtschaft gefordert werden. Man könnte dabei leicht zu dem Schluß geführt werden, daß diese Forderung der Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte, die wir hier so stark in den Mittelpunkt unseres Programms gestellt haben, ebenso gut in jedem bürgerlichen Agrarprogramm stehen könnte. Dieser Behauptung möchte ich auf das schärfste widersprechen. Vergegenwärtigen Sie sich einmal, welche Stellung jedes bürgerliche Agrarprogramm zu der Frage der Entfaltung der Produktivkräfte in der bäuerlichen Wirtschaft einnehmen müßte! Jedes bürgerliche Agrarprogramm würde darauf aufbauen, daß die Entfaltung am besten gewährleistet wird durch das Spiel der freien Konkurrenz, durch das Eigeninteresse des Unternehmers, angereizt durch möglichst hohe Preise und Gewinnmöglichkeiten, und restlose Aufrechterhaltung des Privateigentums in der Landwirtschaft. Sie brauchen sich jedoch nur die geschichtliche Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts in der landwirtschaftlichen Technik anzusehen, um zu erkennen, daß das nicht wahr ist, daß gerade in der landwirtschaftlichen Produktion der bloße Eigennutz, das bloße Spiel der freien Konkurrenz, die bloße Herrschaft des freien Privateigentums vollkommen unzureichend ist, um auch nur die wichtigsten und primitivsten technischen Fortschritte in einem einigermaßen angemessenen Tempo in der bäuerlichen Landwirtschaft zu verbreiten. Die Kräfte der freien Konkurrenz und der kapitalistischen Wirtschaft sind unzureichend, um die bäuerlichen Produktivkräfte zu entfalten, und wenn vielleicht mancher behaupten möchte, daß die Fortexistenz von Hunderttausenden von selbständigen Betrieben in einer sozialistischen Wirtschaft ein fremder Bestandteil sein würde —: diese bäuerlichen Betriebe sind in der rein kapitalistischen Wirtschaft ein noch viel wesensfremderes Element. Nur durch die konsequente Anwendung der Erkenntnis, daß die Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft bewußt von der Gesellschaft und ihren Organen herbeigeführt und entwickelt werden muß, nur wenn man von dem Grundsatz ausgeht, daß der Grund und Boden nicht im letzten Sinne Privateigentum ist, sondern ein Produktivgut, das der Allgemeinheit gehört und seiner besten Ausnutzung zugeführt werden muß, nötigenfalls auch gegen den Willen des zufälligen Besitzers, nur dann kann man ein wirksames Programm einer Produktionspolitik in der Landwirtschaft entfalten, und das wird keinem bürgerlichen Agrarprogramm gelingen.

Was ich hier von der Unzulänglichkeit jedes bürgerlichen Agrarprogramms in der Entfaltung der Produktivkräfte gesagt habe, gilt in noch höherem Maße von dem großen Gebiet der Verwertung und des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte. Wenn ich gesagt habe, daß der landwirtschaftliche Betrieb im kapitalistischen Wirtschaftsleben ein wesensfremder Bestandteil ist, so vor allen Dingen auch deswegen, weil der bäuerliche Betrieb, hineingestellt in das freie Spiel der Spekulation auf den Lebensmittelmärkten, durchaus an der falschen Stelle steht, durchaus in seiner natürlichen Entwicklung gehemmt ist. Der landwirtschaftliche Betrieb erfordert seiner besonderen Eigenart nach stabile Preisverhältnisse. Diese stabilen Preisverhältnisse wird das freie Spiel der Spekulation dem landwirtschaftlichen Betrieb niemals gewähren können. Sehen Sie nur in die Entwicklung der Preisverhältnisse der Hauptagrarprodukte in Deutschland in den letzten Jahren hinein, dann haben Sie die Beweise auf der Hand. Wenn Sie bedenken, daß in den letzten Jahren die Roggenpreise zweimal auf die Hälfte gefallen und zweimal wieder auf mehr als das Doppelte gestiegen sind, daß die Kartoffelpreise in Deutschland jetzt mehr als viermal so hoch sind als im

Herbst vorigen Jahres, dann sehen Sie die Größe dieser Preisschwankungen, die im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion ebenso unerträglich sind wie im Interesse der städtischen Verbrauchermassen.

Das Programm der Produktionsförderung in der Landwirtschaft ist daher nicht durchführbar, wenn es nicht wirksam unterstützt wird durch ein Programm der Absatzregelung der landwirtschaftlichen Produkte, einer Absatzregelung, wie sie von der kapitalistischen Wirtschaft niemals erzielt werden kann, der auch die bürgerlichen Parteien nicht ohne den schärfsten Druck von unserer Seite zustimmen werden.

Sie wissen, daß in diesem Abschnitt über diese Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei einem landwirtschaftlichen Produkt, das stets im Vordergrund des Interesses gestanden hat, bei dem Getreide, unsere Vorschläge einer gemeinwirtschaftlichen Regelung des Absatzes konkrete Formen angenommen haben. Ich meine damit den Vorschlag eines Ausfuhrmonopols für Getreide, das geschaffen werden soll unter gleichzeitiger Beseitigung der heutigen Getreidezölle. Es handelt sich hier um eine Idee, die in der sozialistischen Bewegung aller Länder von jeher eine große Bedeutung gehabt hat. Ich erinnere daran, daß in der französischen sozialistischen Partei schon bei der Agrarkrise der 90er Jahre von Jaurès der Antrag eingebracht wurde auf Einführung eines Getreidemonpols, das der Landwirtschaft eine wirksamere Hilfe gebracht hätte als die Schutzzölle. Ich erinnere daran, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich und England das Getreidemonopol zur Forderung erhoben hat, und daß unsere Bruderparteien in der Schweiz und Norwegen die politischen Träger des Getreidemonopols sind.

Die kurze Zeit, die ich für das Referat zur Verfügung habe, erlaubt es mir nicht, technische Fragen wie die des Getreidemonopols bis ins einzelne zu entwickeln. Ich möchte nur noch auf einen Gesichtspunkt eingehen, der in der Debatte große Bedeutung dadurch erlangt hat, daß in den Leipziger Richtlinien der Entwurf des Agrarprogramms gerade in diesem Punkte angegriffen worden ist. Kein sozialistischer Theoretiker und Praktiker wird von dem Grundsatz abweichen können, den wir im Agrarprogramm bei der Regelung des Absatzes aufgestellt haben, daß nämlich die Beseitigung der ungeheuren Preisschwankungen im gemeinsamen Interesse von Erzeugern und Verbrauchern liegt. In diesen Leipziger Richtlinien ist auch nicht etwa gesagt worden, daß man den Getreidemarkt und den Markt der landwirtschaftlichen Produkte dem freien Spiel der Kräfte überlassen solle. Es ist hier ein anderer Vorschlag geäußert worden, nämlich, daß mit Rücksicht auf unsere ungenügende politische Machtposition das Getreidemonopol nur gegen uns ausgenutzt werden würde, und daß deswegen lieber die Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften überlassen werden sollte. Zu diesem Gegenvorschlag möchte ich einiges sehr deutlich sagen.

Zunächst sehe ich nicht die geringste Gefahr, daß ein Getreidemonopol politische Wirklichkeit werden würde in Deutschland, ehe wir eine ganz andere politische Macht haben als jetzt. (Sehr richtig!) Wenn man nun aber vorschlägt, daß wir gerade in der Periode, wo wir noch nicht die politische Macht in dem wünschenswerten Maße haben, um das Getreidemonopol gutheißen zu können, die Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produktion, die Monopolisierung des Marktes den Erzeugergenossenschaften übertragen sollen, so kann ich das einen blutigen Dilettantismus nennen. Dieser Vorschlag fordert genau das, was wir auf dem Gebiete der Getreidemarktregelung heute haben. Was ist denn jene famose Getreidehandelsgesellschaft, die mit einem Reichskredit von 30 Millionen auf die Beine gestellt wurde?

Das ist die Spitzenorganisation der landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften, die durch die Tatsache verbrämt ist, daß ein einziger Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine darin sitzt und sich in sämtlichen Beschlüssen überstimmen lassen muß. Mit solcher Regelung kommen wir nicht weiter. Es ist eine verhängnisvolle Tendenz bei der Diskussion über Agrarfragen, die Bedeutung und den wirklichen Gehalt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu überschätzen. Genossenschaftswesen ist noch lange nicht sozialistisch, weil das Wort Genosse darin vorkommt. (Sehr richtig!) Die landwirtschaftlichen Genossenschaften als Verkaufsgenossenschaften der Erzeuger sind monopolistische Organisationen, denen wir als Verbrauchervertreter genau so mißtrauisch gegenüberzustehen haben wie großen industriellen Erzeugerkartellen. Wir befürworten die Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft durchaus, weil eine Schulung der Landwirte durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß herbeigeführt werden kann, und weil durch die stärkere genossenschaftliche Organisation des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten der Weg frei gemacht wird für eine spätere gemeinwirtschaftliche Regelung dieses Absatzes. Das ist aber durchaus nichts anderes, als was wir auf dem Gebiet des Kartellwesens in der Industrie auch tun, indem wir es begrüßen, daß die Industrie sich organisatorisch entwickelt, weil dadurch der Weg frei gemacht wird für eine spätere gemeinwirtschaftliche Regelung der Wirtschaft. Aber deswegen sprechen wir diesen Organisationen noch nicht das geringste Vertrauen aus. (Sehr richtig!) Ich finde, daß es gerade hier eine durchaus notwendige Erkenntnis des Programmentwurfs ist, daß die bloße Zusammenarbeit der Genossenschaft, auch die Zusammenarbeit mit den Verbrauchergenossenschaften, längst nicht genügt, um den Markt der Lebensmittel zu regeln, sondern daß die politische Macht hinzukommen muß, die politische Kontrolle, um zu verhindern, daß diese Institutionen dazu dienen, die städtischen Verbraucher durch monopolistische Organisationen der Erzeuger auszubeuten.

Ich habe hier aus dem großen Gebiet der Regelung des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten nur ein einziges Beispiel herausgreifen können, ein Beispiel, das vielleicht noch nicht große Perspektiven auf die gesamte gemeinwirtschaftliche Regelung dieses Gebiets eröffnet. Ich kann Ihnen aber auf Grund sehr eingehender Beschäftigung mit diesem Problem sagen, daß Sie jedes landwirtschaftliche Produkt in die Hand nehmen können, das Sie wollen: Sie kommen immer wieder zu einem Ergebnis, daß das freie Spiel der Kräfte, daß der private Handel, daß der Kapitalismus hier nicht einmal die primitivsten Probleme zu lösen vermag, die gerade im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion aufgestellt werden müssen. Das gilt nicht nur vom Getreide. Die Genossen, die sich näher mit der Frage beschäftigen, werden vielleicht meinen ausführlichen Artikel über diese Frage in der „Gesellschaft" gelesen haben. Was ich dort vom Getreide dargelegt habe, gilt in ebenso großem Maße von dem Kartoffelproblem. Das Kartoffelproblem in der deutschen Landwirtschaft ist stets ein Preisschwankungsproblem gewesen, und wird nicht eher gelöst werden, ehe nicht eine gemeinwirtschaftliche Organisation unter Heranziehung der Produzenten dieses Problem in weitgehend sozialistischem Sinne regelt. Ein hochwichtiger Zusammenhang führt wieder von dem Brotgetreide und dem Futtergetreide über die Kartoffeln hin zu den tierischen Erzeugnissen. Die Preisschwankungen auf dem Gebiet der tierischen Erzeugnisse lassen sich nicht beseitigen, ehe wir nicht die Preisschwankungen der Futtermittel beseitigt haben. Erst dann haben wir eine Basis geschaffen für eine gesunde Entwicklung der tierischen Produktion, die doch für die bäuerliche Wirtschaft von so hoher Bedeutung ist. Es gehen

ferner von dem Komplex der Getreidestabilisierung und Kartoffelstabilisierung wieder sehr wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge hinüber über die Branntweinwirtschaft zum Zuckerproblem. Die gesamte Preisbildung der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte läßt sich nur durch die gemeinwirtschaftliche Zusammenfassung des Absatzes lösen im gemeinsamen Interesse der Erzeuger und Verbraucher. Ich möchte Ihnen sagen, daß dies Probleme sind, die bereits in der Gegenwart so stark aufgehellt sind, daß bei einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse hier schon die Möglichkeit für sozialistische Maßnahmen vorliegen würde, die viel konkreter sind und darum viel weiter gehen als alles, was sonst in sozialistischen Programmen über die Sozialisierung der Landwirtschaft entwickelt worden ist.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen angelangt. Die übrigen Teile des Agrarprogramms, vor allen Dingen Boden- und Siedlungsfragen, wird Genosse Krüger entwickeln. Ich möchte Ihnen zum Schluß noch einmal sagen, daß dieses Programm nichts anderes sein wird als ein Gegenwartsprogramm, als ein Programm, das die gegenwärtigen Probleme der Agrarwirtschaft im gemeinsamen Interesse der Verbraucher und Erzeuger praktisch angreifen will; daß wir aber in der Agrarprogrammkommission das Gefühl gehabt haben, daß ein solches praktisches Durchdenken und Aufhellen der Gegenwartsprobleme nicht ein Verzicht auf die sozialistische Lösung ist, sondern der beste, der praktischste und der wirksamste vorbereitende Schritt für eine Durchführung gemeinwirtschaftlicher und sozialistischer Grundsätze in der Wirtschaft. (Lebhafter Beifall.)

Berichterstatter **Krüger**, Lüneburg: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Zu den Abschnitten des Programmentwurfs, über die Genosse Baade eben berichtet hat, treten noch die Abschnitte über die Bodenreform und Siedlungspolitik, die Lage der Land- und Forstarbeiter und die bäuerliche Sozialpolitik hinzu. Sie geben dem Programmentwurf das Gepräge, das für ein sozialistisches Agrarprogramm von besonderer Bedeutung ist. Denn sie sollen einmal zeigen, wie bei der von uns erstrebten Rationalisierung der Landwirtschaft der Ertrag den wirklich arbeitenden Kräften zugute kommen kann, und sie sollen andererseits zeigen, wie wir uns die Ueberwindung des privaten Bodenmonopols denken, und wie wir das Werden der sozialistischen Gesellschaft verstehen auf dem wichtigen und weit verzweigten Gebiet der Landwirtschaft.

Wir sollen ein Programm für die deutschen Verhältnisse schaffen. Darum können wir nicht im luftleeren Raume konstruieren, sondern müssen von den Verhältnissen ausgehen, wie wir sie in Deutschland vorfinden. Wir können dabei einen kurzen geschichtlichen Rückblick nicht ganz entbehren. Denn wenn irgendwo, dann erben sich auf dem Gebiete der Bodenbesitzverteilung die Gebräuche voriger Jahrhunderte wie eine ewige Krankheit fort, und wir können die heutigen Verhältnisse — gerade in ihrer soziologischen Bedeutung — nicht verstehen, wenn wir nicht ihre Entstehung verfolgen. Ich werde nur einige besonders prägnante Punkte hervorheben, die für das Verständnis der Gegenwart unbedingt notwendig sind.

In der ursprünglichen Besiedlung Deutschlands spielte die Hauptrolle der freie Bauer, der auf seiner Hufe saß und seinen Rückhalt fand in der Werkgenossenschaft. Aber schon etwa um das Jahr 1000 war die Grundbesitzverteilung vollkommen geändert. Es war dem Adel, unterstützt von der Königsgewalt, gelungen, sich der Wälder und Weiden zu bemächtigen, die ehemals freien Bauern zu unterwerfen, und ihnen die persönliche Freiheit und Freizügigkeit zu rauben. So entstand die Gutswirtschaft — die Organi-

sation der landwirtschaftlichen Arbeit und der Bodenbesitzverteilung im Interesse des feudalen Großgrundbesitzes. Nun gab es damals nicht etwa Großbetriebe im heutigen Sinne. Auch damals waren überall die alten bäuerlichen Hufen geblieben. Aber die Bauern mußten jetzt entweder Naturalabgaben oder persönliche Dienste für den Grundherrn leisten. Was sie abzugeben hatten, wurde im Fronhof gesammelt, wo der grundherrliche Meier mit leibeigenen Arbeitskräften alles, was einkam, im Interesse des Grundherrn verbrauchte. Besonders charakteristisch ist, daß es sich hier nicht um nur privatwirtschaftliche Beziehungen handelte, sondern, daß in der Hand des Grundherrn allmählich auch die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Befugnisse vereinigt wurden. Gewiß hat sich die Lage der Bauern später bis 1250 gebessert, aber — das ist für die spätere Entwicklung verhängnisvoll geworden: diese alten Fesseln des Feudalsystems haben sie nie völlig abgestreift, und das rächt sich gegen Ausgang des Mittelalters. Als Grundherren kamen übrigens nicht nur weltliche Große, sondern auch Kirchen und Klöster in Betracht.

Etwas anders vollzog sich die Entwicklung östlich der Elbe, im jetzigen Brandenburg, Ostpreußen usw. Da waren zunächst in der Hauptsache freie Bauern aus dem alten Deutschland angesiedelt, und ihr Abzug nach dem Ostland trug dazu bei, die Stellung der Bauern gegenüber den Grundherren im alten Deutschland zu bessern. Aber als dann der Export von Getreide nach Flandern etwa um 1300 lohnend wurde, da bemühten sich die Ritter, ihre Güter, die größer waren als die Bauernhufen, und die in die Bauerndörfer eingesprengt waren, auszubreiten. Sie begannen, unterstützt durch die Landesherren, die vielgepriesenen Hohenzollern, einen zähen und energischen Kampf gegen die Bauern, in dem diese unterlagen. Die Sache ist ähnlich wie im alten deutschen Gebiet gegangen. Die Bauern verloren Freiheit und Freizügigkeit. Aber es bildete sich etwas Neues im Osten, nämlich die sogenannte Gutsherrschaft, das ist ein landwirtschaftlicher Großbetrieb, der vom Grundherrn als Produzenten geleitet wird. Wir dürfen uns die Sache nicht so vorstellen, daß die großen Herren mit Landarbeitern im heutigen Sinne gearbeitet hätten, sondern die Bauern blieben auf ihren Hufen sitzen. Sie mußten aber Hand- und Spanndienste auf den jetzt neu entstehenden großen Gütern leisten. So bleibt auch hier der bäuerliche Betrieb wie in der alten Feudalperiode das Rückgrat der Landwirtschaft, aber die Bauern werden von dem Gutsherrn, der zugleich Polizeiherr ist, gezwungen, Hand- und Spanndienste zu leisten.

Eine ähnliche Entwicklung finden wir dann auch im alten deutschen Lande westlich der Elbe, als der Zuzug nach dem Osten gesperrt wurde. Da begann mit dem Jahre 1300 ungefähr ein neuer Feldzug der adligen Grundherren gegen die Bauern — die verzweifelten Aufstände der Bauern legen Kunde von diesem Druck ab —, bis es 1525 gelang, das Freiheitsstreben der Bauern durch ihre blutige Niederwerfung völlig zu unterdrücken. Allerdings bildeten sich hier nicht so viel große Güter heraus wie im Osten. Aber die Grundherrn wurden allmählich Eigentümer der bäuerlichen Stellen, über die sie grundherrliche Rechte besaßen, und drückten so die Bauern vielfach in die Rolle von Pächtern herab.

So hat sich durch mehr als 1000 Jahre hindurch ein Klassenkampf der allerschärfsten Form zwischen dem Grundherrn einerseits und dem Bauern andererseits abgespielt. Er ist nicht mit wirtschaftlichen Mitteln geführt. Die Ausbreitung der grundherrlichen Einflußsphäre ist nicht etwa ermöglicht, weil die Betriebe der Grundherren rentabler gewesen wären als die der Bauern. Gerade weil eine solche bessere Rentabilität nicht bestand, nahm man seine Zuflucht zu politischen Mitteln, gewaltsamer Unterwerfung, Mißbrauch der

Staatsgewalt. So brachte man es dahin, daß die ursprünglich freien und wohlhabenden Bauern mit Ausgang des Mittelalters bis weit in die Neuzeit aufs schlimmste geknechtet wurden.

So ging die Entwicklung bis in das 18. Jahrhundert. Da aber erwies sich diese Wirtschaftsform als ein großes Hemmnis, und zwar nicht nur für den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft, sondern, was noch viel wichtiger war, für den Drang der Gutsherren nach ungehemmter Ausnutzung ihrer Gutswirtschaft. Die preußischen Könige hatten im 18. Jahrhundert das Verbot des Bauernlegens eingeführt, d. h. das Verbot, Bauernhöfe zu den großen Gütern einzuziehen — und zwar nicht aus Menschenfreundlichkeit für die Bauern, wie dies in der byzantinischen Geschichtsklitterung so gern behauptet wird, sondern weil die Könige die Steuern der Bauern nicht missen wollten und Rekruten für die imperialistischen Kriege brauchten, die Friedrich II. um Schlesien führte. Infolgedessen kam es zu der sogenannten Bauernbefreiung Ende des 18. Jahrhunderts. Sie ist nicht etwa aus freiwilligem Antrieb der herrschenden Klassen in Deutschland hervorgerufen, sondern es bedurfte erst der Stürme der französischen Revolution. Zum großen Teil sind die Armeen der französischen Republik damals als Befreier von dem grundherrlichen Druck erschienen, so in Rheinland und in Westfalen. Auch in dem Hauptagrarland, im ostelbischen Preußen, ist es erst nach dem schmählichen Zusammenbruch von Jena und Auerstädt dem Freiherrn v. Stein gelungen, die Bauernbefreiung in Angriff zu nehmen. Es handelte sich um drei Punkte, persönliche Befreiung des Bauern, Aufhebung der Dienste des Bauern gegen Entschädigung, Aufhebung der Verpflichtung des Gutsherrn zur Unterhaltung des Bauern im Alter und für den Fall der Arbeitsunfähigkeit. Endlich wurde dem Bürgerlichen erlaubt, Rittergüter zu erwerben, was bisher aus Standesrücksichten ausgeschlossen war. Wir wissen seit mehr als 40 Jahren durch die ausgezeichnete Darstellung des Straßburger Historikers Knapp, daß diese Bauernbefreiung in anderem Sinne erfolgt ist, als es dem Freiherrn v. Stein vorgeschwebt hatte. Denn der grundbesitzende Adel Preußens hat den großen Einfluß, den er auf den Staat ausübte, dazu benutzt, um die Bedingungen der Ablösung für die Bauern so schlecht wie möglich zu gestalten. Auf die Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Ich will nur feststellen, daß diese sogenannte Bauernbefreiung dahin geführt hatte, daß allein in den ostelbischen Provinzen Preußens mehr als 1.5 Millionen Morgen Bauernland zu Gutsland gezogen worden ist. Unter anderem hatte man es unterlassen, eine Kreditorganisation zu schaffen, die den Bauern die Ablösung ermöglicht hätte.

Wenn wir diese Entwicklung übersehen, kann es nicht wundern, daß wir heute in Deutschland in der Betriebsgröße und Arbeitsverfassung große Unterschiede haben. Es ist notwendig, bevor ich an die Behandlung derjenigen Probleme herangehe, die ich einleitend erwähnte, Ihnen diese Unterschiede kurz vor Augen zu führen. Leider läßt uns die Statistik in dieser wichtigen Frage im Stich. Wir haben die Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895, 1907 und 1925. Von der letzteren sind die Ergebnisse noch nicht veröffentlicht. Wir können daraus feststellen, daß östlich der Elbe die Großbetriebe über 100 Hektar über 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche innehaben. Es gibt sogar einige Kreise in Pommern, in denen der Prozentsatz mehr als 70 Prozent erreicht. (Zuruf: Mecklenburg: 60 Prozent!) Je weiter wir nach dem Westen gehen, desto mehr nehmen die bäuerlichen Betriebe an Bedeutung zu, zunächst die groß- und mittelbäuerlichen Betriebe, etwa in Hannover, Westfalen, Provinz Sachsen, endlich die Parzellenbetriebe in Hessen, Süddeutschland. Der Anteil der Großbetriebe über 100 Hektar hat nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 etwa 22 Prozent, also weniger als ein Viertel

der landwirtschaftlich genutzten Grund- und Bodenfläche betragen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß sich bei uns in Deutschland Großbetrieb und Großgrundeigentum nicht decken, weil wir in der Landwirtschaft ein ausgedehntes Pachtwesen haben und auch viele bäuerliche Betriebe ganz oder teilweise auf Pachtland wirtschaften. Leider haben wir über die Frage, wie sich das Eigentum an den verpachteten Ländereien auf die Eigentümer verteilt, und über die Zusammenballung großer Besitzungen in wenigen Händen kein genügendes statistisches Material. Wir haben nur eine einzige veraltete private Untersuchung aus 1885 für die östlichen Provinzen Preußens, während wir aus Westfalen, Hessen, Süddeutschland keine solche Untersuchung haben. Welche Bedeutung es aber hat, und wie die Betriebsstatistik die Auffassung von der Bedeutung des Großgrundeigentums verfälschen kann, zeigt eine Zahl. In Westfalen, das uns immer als ganz besonderes Bauernland geschildert ist, sind nicht weniger als 7000 Pächter von nur 95 Fideikommißherren abhängig. (Hört, hört!) Sie sehen also, wie auch westlich der Elbe Großgrundeigentum in größtem Maßstab existiert. Es ist geradezu eine Schande, daß die deutsche Statistik, die uns genau sagt, wieviel Kopf Weißkohl jährlich gebaut werden, uns über diese volkswirtschaftlich und soziologisch wichtigen Zusammenhänge nichts berichtet.

Selbstverständlich ist auch die Arbeitsverfassung in Deutschland sehr verschieden, je nachdem es sich um Großbetriebe oder bäuerliche Betriebe handelt. Der Großbetrieb muß mit fremden Arbeitskräften wirtschaften, und zwar seit dem Aufkommen des Hackfruchtbaues in außerordentlicher Weise mit fremden Wanderarbeitern, seit 1890 auch mit Ausländern. Im Jahre 1913 hatten wir 385 000 ausländische Wanderarbeiter, festgestellt durch die Feldarbeiterzentrale, jetzt ist das Kontingent herabgedrückt auf 130 000 im Jahre 1926 und 100 000 im Jahre 1927. In den großen bäuerlichen Betrieben sind auch viele fremde Arbeitskräfte, meist Gesinde, teilweise verheiratete Tagelöhner. In den mittel- und kleinbäuerlichen Betrieben überwiegt die Arbeit des Betriebsleiters und seiner Familienangehörigen. Wir finden aber auch im mittelbäuerlichen Betrieb ab und zu Gesinde. Ein Wort verwende ich noch auf die Heuerleute, jene ganz besondere Klasse der Landarbeiter, die wir in Teilen von Westfalen und Hannover finden. Sie haben eine kleine Stelle in Pacht und sind verpflichtet, dafür dem Grundherrn und Verpächter gewisse Arbeiten während des Jahres für verhältnismäßig geringen Tagelohn zu leisten.

Das wäre in großen Zügen die historische Entwicklung der Grundeigentumsverhältnisse, die heutige Betriebs- und Eigentumsverfassung und die Arbeitsverfassung.

Es fragt sich nun, welche Tendenzen wir im großen und ganzen aus den Zahlen der letzten Berufs- und Betriebszählungen und aus der sonstigen Statistik ablesen können. Genosse Baade hat darauf hingewiesen, daß die Verschiebungen zwischen einzelnen Gebietsgrößen verhältnismäßig gering gewesen sind, nämlich ein gewisses Zurückgehen der Großbetriebe über 100 Hektar und der großbäuerlichen Betriebe gegenüber einer gewissen Zunahme in der Hauptsache bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben von 2 bis 5 und 5 bis 20 Hektar. Ich stimme ihm vollkommen darin bei, daß die Statistik ergibt, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft anders läuft als in der Industrie. Die wachsende Akkumulation des Kapitals und die ständige Konzentration der Betriebe in der Industrie hat, wie Marx und Engels richtig vorausgesehen haben, in der Industrie immer mehr Produzenten von den Produktionsmitteln getrennt. Anders aber in der Landwirtschaft! Hier hat die Trennung der Produzenten von dem wichtigsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, in letzter Zeit keine Fortschritte gemacht, es ist keine weitere Konzentration

eingetreten, im Gegenteil, wenn wir überhaupt gewisse Tendenzen feststellen können, ist es die einer gewissen Verminderung der Konzentration. An dieser Tatsache, die durch drei aufeinanderfolgende Betriebszählungen erhärtet ist, kann die Sozialdemokratische Partei bei ihrem Programm unmöglich vorbeigehen. Sie kann ihre Augen nicht davor verschließen, daß die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe eine Lebensfähigkeit außerordentlicher Art bewiesen haben, obwohl die offizielle Wirtschafts- und Steuerpolitik immer einseitig zugunsten des Großgrundbesitzes beeinflußt worden ist. Die Sozialdemokratie muß daher damit rechnen, daß diese bäuerlichen Betriebe auch in Zukunft bestehen, sich wahrscheinlich weiter ausbreiten werden, wenn es auch selbstverständlich ausgeschlossen ist, daß sie etwa die Großbetriebe vollkommen aufsaugen werden oder auch nur zu einem geringen Bruchteil reduzieren. Die theoretische Erklärung hierfür hat kürzlich Hilferding in dem bekannten Aufsatz in der „Gesellschaft" durch eine Analyse der Preisverhältnisse der landwirtschaftlichen Produkte geliefert. Er hat sehr mit Recht ausgeführt, daß gerade die Anwendung der marxistischen Methode zeigt, daß das Konzentrationsgesetz, das wir in der Industrie beobachten können, für die Landwirtschaft nicht gilt. Ist dem so, dann muß die SPD. für ihr Programm daraus die Folgerungen ziehen. Sie muß nicht nur an die Großbetriebe und Landarbeiter denken, für welch letztere sie selbstverständlich von jeher ein warmes Herz gehabt hat, sondern sie muß sich auch um die Produktions- und Absatzbedingungen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ebenso kümmern, wie um die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter. Sie muß feststellen, wie in den verschiedenen bäuerlichen Betriebsformen die höchsten Beträge erzielt werden können und das Arbeitseinkommen in den bäuerlichen Betrieben der Ausbeutung des Großgrundbesitzes und des Großkapitals entzogen wird. Sie muß für die Sorgen und Wünsche der Kleinbauern ein ebenso offenes Ohr haben, wie für die der Landarbeiter. Beide Teile werden in Zukunft wichtige Schichten in der klassenfreien sozialistischen Gesellschaft sein. Heute leiden sie beide unter dem Druck des Großgrundbesitzes, der ihnen die Lebensbedingungen verschlechtert. Daher muß ein Agrarprogramm, das unsere Propagandaarbeit ermöglichen soll, auf beide Klassen der landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung ganz besonders Rücksicht nehmen. In den früheren Verhandlungen in Frankfurt und Breslau erhoben sich gewichtige Stimmen zugunsten der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe — August Bebel hat damals den Entwurf der Agrarkommission verteidigt —, aber man hat damals immer offen ausgesprochen, daß die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe hilflos dazu verdammt seien, von den Großbetrieben aufgesaugt zu werden, daß es sich nur darum handeln könne, ihnen das Sterben zu erleichtern. Genosse Baade hat schon ausgeführt, daß wir nach den Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte gar nicht scharf genug hervorheben können, daß diese Ansicht durch die tatsächliche Entwicklung überholt ist. Jedes Programm und jede Politik, die nicht Utopien nachjagen, sondern mit den Tatsachen rechnen will, muß mit solchen Anschauungen ganz entschieden brechen. Die SPD. als größte Partei Deutschlands hat die Pflicht, offen auszusprechen, daß diese Ansicht unrichtig ist, und daß sie gewillt ist, daraus die Folgerungen zu ziehen. Das soll der Entwurf.

Mit einigen Worten will ich noch auf den Hauptinhalt der Abschnitte eingehen, über die ich zu berichten habe. Abschnitt I über die Bodenreform stellt als Ergebnis absolut einwandfreier wissenschaftlicher Forschung fest, daß die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrenklasse die Grundeigentumsverhältnisse in Deutschland gestaltet haben. Grundherren üben einen starken Druck auf die Pächter und Landarbeiter aus, die auf ihrem Boden wohnen und arbeiten müssen, aber das Bodenmonopol wirkt noch

erheblich weiter. Der Druck des Großgrundeigentums treibt weite Schichten der Landbewohner in die Städte und in die Industriebezirke, und beeinflußt so nachhaltig die wirtschaftliche und soziale Gliederung in diesen Bezirken. Das Großgrundeigentum verhindert ferner in den Bezirken des Ostens dadurch, daß es krampfhaft an seinem Boden festhält, daß der dichtbevölkerte Westen mit seinem überwiegenden bäuerlichen Parzellenbetrieb den Ueberschuß seiner Bevölkerung in diese menschenleeren Latifundien abstoßen kann. Dadurch trägt es zu dem übertriebenen Wettbewerb um diesen Boden in diesen Gegenden des bäuerlichen Parzellenbetriebes und zum Hochtreiben des Bodenpreises bei, worunter die Bevölkerung in diesen Gegenden sehr leiden muß.

Das Ziel der Sozialdemokratie muß sein, diese Auswirkungen der jahrhundertelangen Klassenpolitik des Großgrundbesitzes zu brechen. Das kann nicht durch eine schematische Lösung erreicht werden. Es kann sich nicht etwa darum handeln, das gesamte Privateigentum an Grund und Boden aufzuheben und durch gesellschaftliches Eigentum zu ersetzen, sondern wir müssen uns nach dem soziologischen Charakter dieses Eigentums fragen. Der Kampf des Sozialismus hat von Anfang an nur dem kapitalistischen Eigentum, dem Ausbeutereigentum, dem Bodenmangel gegolten, wie uns das kommunistische Manifest klar sagt.

Dieses monopolistische Eigentum zeigt sich ganz besonders bei den großen Latifundien des Ostens, wo Zehntausende von Hektaren wertvollsten Acker- und Waldbodens wenigen Grundbesitzern gehören. Hier ist das Bodeneigentum die Grundlage eines wirtschaftlichen und sozialen Monopols, es ist Herreneigentum. Das Eigentum dient nur dazu, fremde Menschen von dem Grund und Boden fernzuhalten und dadurch dem Druck der Grundherrschaft zu unterwerfen. Hier spielt die Arbeit des Eigentümers überhaupt keine Rolle. Diese Latifundien sind entweder verpachtet oder werden administriert, und der Rentmeister liefert seinem Herrn einfach die Einkünfte oder den Pachtzins ab.

Genau das Gegenteil gilt dort, wo wir selbstwirtschaftende Bauern oder Parzellenbesitzer haben. Hier kann von einer Ausbeutung einer Klasse durch eine andere oder eines Menschen durch einen andern nicht die Rede sein. Der Arbeiter, der neben seiner Berufsarbeit eine kleine Parzelle bestellt, oder der Bauer, der mit seiner Familie in unermüdlicher Arbeit von früh bis spät seine Landwirtschaft bearbeitet, ist kein Monopolist wie der Latifundienbesitzer, sondern ihm dient die eigene Scholle nur zur Grundlage der eigenen Arbeit, der Boden ist lediglich Arbeitsobjekt.

In der Mitte zwischen diesen beiden Extremen stehen die üblichen Rittergüter in Ostelbien und die großbäuerlichen Wirtschaften, auf denen der Eigentümer selbst wirtschaftet und dadurch eine Art Unternehmerfunktion erfüllt, die volkswirtschaftlich selbstverständlich ihre Bedeutung hat. Aber hier ist doch die Stellung des Rittergutsbesitzers oder des Großbauern zugleich ein Ausfluß seiner monopolistischen Stellung als Bodeneigentümer. Er versperrt den Landarbeitern, die er beschäftigt, die bodenlos und besitzlos sind, den Zutritt zu diesem Boden, so daß sie, sofern nicht politisch oder gewerkschaftlich Abhilfe geschaffen werden kann, dauernd zur Besitzlosigkeit verurteilt sind.

Auf diese drei Arten des Eigentums nimmt Abschnitt 1 des Programms Rücksicht. Er wendet sich scharf gegen den Latifundienbesitz. Für ihn ist in der sozialistischen Gesellschaft kein Raum. Er muß verschwinden. Er hat sich gebildet, indem der alte Klassenstaat einseitig diesen Latifundienbesitz begünstigte. Der sozialistische Staat der Zukunft, getragen von der Masse der besitzlosen Angestellten und Arbeiter, wird die Mittel, die der

Latifundienbesitz den Bauern gegenüber angewandt hat, ihm gegenüber zur Anwendung bringen. Er wird ihn enteignen. Daher fordert das Programm überall da, wo ein einzelner Grundeigentümer mehr Land besitzt, als zweckmäßig von einer Stelle bewirtschaftet werden könne — etwa 750 Hektar im deutschen Osten — die Enteignung des überschießenden Teils zugunsten des Reiches, selbstverständlich gegen angemessene Entschädigung. Aber was ist angemessene Entschädigung? Die Grundherren selbst haben uns einen sehr plausiblen Maßstab gezeigt, indem sie über die steuerliche Belastung klagen. Wir müssen daher annehmen, daß ihre Güter zur Steuer außerordentlich hoch eingeschätzt sind, und daß sie sich nicht beklagen können, wenn wir fordern, daß bei der Enteignung die heutigen Steuerwerte als Entschädigung gezahlt werden sollen. (Sehr gut!) Damit würde aufgeräumt werden mit der doppelten Buchführung, die den Bodenwert niedrig ansetzt, wenn es gilt, Steuer zu zahlen oder Leistungen an den Staat zu richten, während er hoch angesetzt wird, wenn der Staat dem Grundherrn etwas zahlen soll, etwa wegen Anlage einer Bahn oder aus andern öffentlichen Gründen.

Was von diesen Latifundien in das Eigentum des Reiches kommt, soll, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sind, zu Siedlungszwecken verwandt werden. Der Boden soll dabei gegen spekulativen Mißbrauch geschützt werden. Aber das Programm bekennt sich darüber hinaus zu der Siedlungspolitik, wie sie von den Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Landtags seit der Revolution konsequent betrieben ist. Es verlangt, daß auch außerhalb der Latifundien, die dem Reich durch Enteignung zufallen, die Siedlung überall zu fördern ist, wo lebensfähige Betriebsgrößen geschaffen werden können. Wir müssen für eine solche Siedlung eintreten, wie schon Genosse Baade angedeutet hat, weil wir nur auf diesem Wege die heute übertriebene Abwanderung in die Städte und Industriebezirke eindämmen können, und weil wir nur durch eine solche Siedlungspolitik eine dichtere Bevölkerung auf dem Lande gewinnen können, die aus zwei Gründen notwendig ist, einmal, um für die Industrie eine größere Absatzmöglichkeit auf dem inneren Markt zu schaffen, zweitens, weil kulturelles Leben, auf das wir den größten Wert legen müssen, auf dem Lande nur gedeihen kann, wo durch eine dichtere Bevölkerung die Voraussetzung dafür gegeben ist.

Die SPD. muß zu dieser Stellungnahme auf Grund der heutigen Sachlage kommen. Sie kann diesen Standpunkt ohne Rücksicht auf die alte Streitfrage über Groß- oder Kleinbetrieb einnehmen, weil Genosse Baade mit Recht ausgeführt hat, daß diese Frage nach den Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte aus allen Ländern jede praktische Bedeutung verloren hat. Wenn also wirtschaftliche Rücksichten gegen diese Politik nicht sprechen, so sprechen andererseits politische Erwägungen in allerhöchstem Maße dafür. Wenn wir einen Teil der großen Güter in kleinere bäuerliche Stellen auflösen, so dürfen wir dabei nicht übersehen, daß der Großgrundbesitz im preußischen Osten der geschworene Todfeind der demokratischen Republik ist und für sie immer bleiben wird (Sehr richtig!), daß man aber eine Demokratisierung des flachen Landes im Osten nur dann durchführen kann, wenn man nicht nur zu rein politischen Mitteln greift, wie etwa die Auflösung der Gutsbezirke, sondern wenn man auch das wirtschaftliche Fundament beschneidet, auf dem heute diese überwiegende Position des Großgrundbesitzes beruht, d. h. die übermäßige Ausdehnung des Großgrundbesitzes einschränkt in den Kreisen des preußischen Ostens, zumal in den Bezirken, in denen diese riesigen Latifundien gelegen sind.

Kleinere Güter bis 3000 Morgen sollen nach dem Entwurf nicht enteignet werden, weil das einmal einen außerordentlich großen Apparat zur Verwaltung dieser Güter erfordern würde, und andererseits in dem Entwurf Abschnitt V eine ganz eingehende Reform der Arbeitsverfassung gefordert wird, die den heutigen anti- und asozialen Charakter dieser Großbetriebe beseitigen soll. Außerdem ist es selbstverständlich, daß auf diesen Gütern der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Rolle des Arbeitssklaven spielen darf wie bisher. Wir müssen eine grundlegende Reform der Landarbeiterverhältnisse fordern; wir müssen die dreifache Abhängigkeit beseitigen, die heute das Schicksal des Landarbeiters ist: er ist nicht nur hinsichtlich der Arbeit, sondern auch hinsichtlich der Wohnung, ja sogar der Ernährung — wegen des Deputats oder Deputatlandes — völlig vom Arbeitgeber abhängig. Früher war es die Maxime jeder Arbeiterpolitik, daß dem Großgrundbesitz billige und willige Arbeitskräfte geliefert werden sollen. So konnte im alten Preußischen Landtag des Dreiklassenwahlrechts ein Agrarier unter dem Beifall seiner Klassengenossen noch etwa um 1900 sagen:

„Die galizischen Landarbeiter, von denen die Hälfte kaum lesen kann, denken an nichts weiter als an ihre Arbeit und Verdienst. Sie sind die ordentlichsten Leute auf der Welt, die unseren Leuten in ethischer Beziehung sogar als Muster hingestellt werden können."

(Lachen.) Wie der Großgrundbesitz diese Abhängigkeit ausgenutzt hat, zeigt die politische Geschichte Preußens bis zur Revolution. Erst die Sozialdemokratie hat nach der Revolution hier Wandel geschaffen. Sie hat die mehr als 100 Jahre alte Gesindeordnung mit einem Federstrich aufgehoben und den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben, das ihnen bis dahin planmäßig vorenthalten war. Sie hat damit entscheidende Schritte getan, um den Landarbeiter aus einem gedrückten Arbeitssklaven, der keine eigene politische Meinung haben durfte, zu einem politisch und wirtschaftlich gleichberechtigten Staatsbürger zu machen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß im Jahre 1918 erst die Grundsteine gelegt wurden, daß die drückende Abhängigkeit noch immer nicht beseitigt ist. Noch immer spielt wirtschaftlicher und politischer Druck eine große Rolle im Leben der Landarbeiter. Diese Abhängigkeit wollen die Vorschläge des Programms beseitigen. Die Landarbeiter sollen keine Gutsuntertanen mehr sein, sie sollen wirtschaftlich frei werden, sie sollen das Recht der politischen Meinungsäußerung, der gewerkschaftlichen Betätigung erhalten und teilnehmen an der modernen Kultur. Das sind die Grundgedanken des Abschnitts V. Auf die einzelnen Forderungen möchte ich nicht mehr eingehen, nur hervorheben, daß der Entwurf den größten Wert auf eine Erfüllung des Wunsches des Landarbeiterverbandes, auf eine Besserung der Wohnungsfrage legt. Es soll Schluß gemacht werden mit den Werkwohnungen, die den Landarbeiter in diese Abhängigkeit vom Arbeitgeber bringen. Wir müssen, je nachdem es sich um Arbeiter in Bauerndörfern oder in Gutsbezirken handelt, dafür verschiedene juristische und wirtschaftliche Formen wählen. Die Wohnung des Arbeiters darf nicht zu einer Fessel werden. Dafür enthält das Programm eine Reihe von praktischen Vorschlägen. Um ein Mißverständnis zu beseitigen, hebe ich hervor, daß die einzelnen Vorschriften des Entwurfs zeigen, daß der Entwurf grundsätzlich dem Landarbeiter in seiner Stellung als Landarbeiter helfen will, daß er nicht etwa, wie es manchmal in der Parteipresse gedeutet wird, jeden Landarbeiter zum Kleinbauern machen will. Wenn aber andererseits ein Landarbeiter den Wunsch hat, vorwärts zu kommen, eine größere Wirtschaft zu übernehmen, wenn er dazu fähig ist und die Mittel hat, kann ihm selbstverständlich der Weg dazu nicht verschlossen werden. Das ist der Sinn des mehrfach angegriffenen Satzes in der Einleitung zum Abschnitt V, daß dem Landarbeiter der Aufstieg zum Kleinbauern nicht verwehrt sein soll.

Wenn so das Programm scharfe Maßnahmen gegen das Latifundieneigentum vorsieht, muß es eine andere Stellung gegenüber dem Eigentum des Klein- und Mittelbauern einnehmen. Wenn wir anerkennen, daß das Eigentum des Mittel- und Kleinbauern nicht der Ausdruck eines Bodenmonopols ist, sondern nur die Grundlage abgibt, die dem Bauern und seiner Familie in schwerer Arbeit ein leidliches Einkommen sichert, oder wenigstens sichern soll, so kann hier von einer Enteignung oder von Eigentumsbeschränkungen nicht die Rede sein, sondern es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um ihre Arbeit so fruchtbringend und ertragreich wie möglich zu gestalten. In den Abschnitten II, III und IV sind Vorschläge zu einer Wirtschaftspolitik enthalten, die auch dem Interesse der bäuerlichen Betriebe entspricht. Mit Recht weist das Programm im Schlußsatz darauf hin, daß eine tiefe Interessensolidarität die Arbeiterschaft mit dem selbst arbeitenden Bauern verbindet, daß der Sozialismus weit davon entfernt ist, den Bauern von seiner Scholle zu entfernen, daß er vielmehr dem Bauer sein Eigentum und seine Arbeitsstätte sichert.

Noch ein Punkt ist für die Stellung der Sozialdemokratie wichtig, nämlich die Einstellung zu den Pächtern. Sie wissen, daß die Pachtwirtschaft in Deutschland eine außerordentlich große Bedeutung hat. Zahlen will ich heute nicht mehr bringen. Das Pachtrecht gab vor der Revolution dem Verpächter ein absolutes Uebergewicht über den Pächter. Auch hier hat erst die Revolution dadurch Wandel geschaffen, daß unter tätiger Mitarbeit der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1920 die Pachtschutzordnung erlassen ist. Diese Pachtschutzordnung ist den Reaktionären aller Schattierungen von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Der Landbund hat sie lange als Rest der Zwangswirtschaft bezeichnet und ihre Aufhebung verlangt. Im Jahre 1924 hatte das Kabinett Luther bereits eine Verordnung erlassen, die den Abbau der Pachtschutzordnung für September 1924 vorschrieb. Glücklicherweise ist es den unermüdlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gelungen, diese finsteren Pläne der Reaktion zu schanden zu machen. Die Pachtschutzordnung ist, wenn auch mit einigen Abänderungen, verlängert worden, und man kann jetzt damit rechnen, daß die Grundgedanken der Pachtschutzordnung dauerndes Recht bleiben. Ich verweise nur auf die Bestimmung, die übertriebenen Pachtzinsforderungen entgegenwirken soll, daß der Pachtzins nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes entspricht.

Der letzte Abschnitt des Programms handelt von der bäuerlichen Sozialpolitik. Das Programm verlangt, daß für die kleinen Landwirte, die im Falle einer Krankheit, bei Verlust der Erwerbsfähigkeit oder durch unvorhergesehene Katastrophen in ernste wirtschaftliche Gefahren kommen, die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden. Dieses System gliedert sich in das System der sozialen Fürsorge ein, das jetzt, um eine schwere Benachteiligung des Landes auszugleichen, auf dem Lande ausgebaut wird.

Zum Schluß möchte ich auf einen Einwand eingehen, der gegen das Programm erhoben worden ist. Man sagt, daß das Programm aus opportunistischen Gründen von alterprobten wissenschaftlichen Grundsätzen abweiche, weil es zum Ausdruck bringt, daß die sozialistische Gesellschaft den Bauern das Eigentum an Grund und Boden zusichert. Diese Bestimmung, die übrigens in ähnlicher Form in dem Programm unserer österreichischen Genossen enthalten ist, muß bleiben, wenn wir die tatsächlichen Verhältnisse in Rechnung

stellen wollen. Es gibt keine sozialistische Lehre, die uns zwingt, in der Landwirtschaft den Ersatz der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe zu fordern, weil in der Industrie das Gesetz der Konzentration zwar gilt, nicht aber in der Landwirtschaft, und weil wir in der Landwirtschaft nicht die Erscheinung haben, daß die großen Betriebe die kleinen Betriebe absorbieren. Gewiß haben früher namhafte Vertreter des Sozialismus, auch Marx, an den Untergang der Kleinbetriebe geglaubt. Die letzten 50 Jahre haben aber gezeigt, daß diese Auffassung irrig war. Weil viele Vertreter der Partei noch heute an diesem Dogma festhalten, ist die Tätigkeit der Partei auf dem Lande sehr ungünstig beeinflußt worden. Die Partei soll aber nicht nur aus den Wahrheiten, sondern auch aus den Irrtümern ihrer großen Vorkämpfer lernen. Wir dürfen die marxistische Methode nicht sklavisch gleichsetzen mit allem, was Marx über irgendeinen Gegenstand zu irgendeiner Zeit gesagt oder geschrieben hat. (Sehr wahr!) Marx und Engels haben den Großbetrieb als die Form der Zukunft angesehen, weil sie unter dem Eindruck der Stein-Hardenbergschen Agrarreform in Preußen und der massenhaften Kündigung von Pächtern in Großbritannien der Auffassung waren, daß aus ökonomischen Ursachen der Großbetrieb über den Kleinbetrieb hinweggehen werde. Sie konnten noch nicht erkennen, daß es sich weniger um ökonomische als um rein politische Auswirkungen gehandelt hat. Sozialismus bedeutet nicht notwendig den Großbetrieb, sondern eine Arbeitsverfassung, in der der gesellschaftliche Charakter der Arbeit betont und der heutige Klassenstaat überwunden wird. Das ist auf der Grundlage des Kleinbetriebes auch möglich. Ich erinnere im übrigen an das kommunistische Manifest und an das Erfurter Programm, die in keiner Weise eine Feindschaft gegen das bäuerliche Eigentum zum Ausdruck bringen. Ich verweise weiter auf die Erläuterung zum Heidelberger Programm, wo es heißt, daß von kapitalistischer Ausbeutung bei Kleinbetrieben nicht die Rede sein kann.

Die Stellungnahme der Partei zur Agrarfrage ist von allergrößter Wichtigkeit. Millionen warten auf die Stellungnahme der SPD. zu dem vorliegenden Programmentwurf, und zwar nicht nur unsere Parteigenossen in Stadt und Land, sondern auch unsere Gegner. (Sehr richtig!) Unsere Gegner haben versucht, den Entwurf totzuschweigen und ihn als eine aus agitatorischen Gründen geborene Bauernfängerei zu kennzeichnen. Das ist ein Beweis dafür, wie sehr sie ihn fürchten. Geben Sie Freunden und Feinden die richtige Antwort; nehmen Sie den Parteivorstandsentwurf an. (Lebh. Beifall.)

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Hilferding, Berlin, Dietrich, Gera, Lipinski, Leipzig und Georg Schmidt beteiligen, beschließt der Parteitag auf Antrag Hilferdings, die Agrarkommission mit einer erneuten Beratung des Agrarprogramms zu beauftragen und die Kommission durch Kretzen, Leipzig, zu ergänzen.

Ein Antrag der thüringischen Genossen, den Genossen Jensen, Thüringen, nachträglich in die Kommission zu entsenden, wird abgelehnt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Wels wird weiter in Berichtigung eines früheren Beschlusses der Antrag Nr. 40 durch die Erklärung des Parteivorstandes zur Beamtenfrage sowie durch den Antrag Aufhäuser und den Abänderungsantrag Steinkopf für erledigt erklärt.

(Schluß der Sitzung: 7 Uhr 5 Minuten.)

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, den 25. Mai 1927, vormittags 8½ Uhr

Den Vorsitz führt Wels.

Der Parteitag geht zu Punkt 4 der Tagesordnung über:

Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Robert **Schmidt:** Parteigenossen und -Genossinnen! Es wird meine Aufgabe sein, im wesentlichen drei Gebiete, die von sehr großer Bedeutung für unsere innere Politik sind, zu behandeln, nämlich die Wirtschafts-, die Sozial- und die Steuerpolitik. Sie haben zum ersten Male im Jahrbuch einen umfangreichen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Ich nehme an, daß die Veröffentlichung dieses Berichts in Parteikreisen allgemeine Zustimmung findet, weil er ein reichhaltiges Informationsmaterial für die in der Agitation tätigen Genossen enthält. Wenn diese Berichterstattung fortgesetzt wird, wird sich das Material erweitern und eine gute Fundgrube für die Vertretung unseres Standpunktes in der praktischen Politik darstellen.

Als im September 1925 der Heidelberger Parteitag stattfand, standen wir einem Kabinett Luther mit einem starken deutschnationalen Einschlag gegenüber. Dieser Zustand war nicht angenehm für die Republik und für uns als Republikaner. Es ist nicht uninteressant, heute einen Rückblick zu werfen auf die Stellungnahme der damaligen Regierung in den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik.

Luther hatte im Januar 1925 in der Regierungserklärung u. a. ausgesprochen:

> „Die Reichsregierung wird die so gewonnene Freiheit nutzbar machen, damit Deutschlands Wirtschaftsleben gesundet, namentlich auch, damit ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung geschaffen werden kann. . . . . Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen."

Graf Westarp bekannte sich als Vertreter der Deutschnationalen Partei zu folgender Stellung seiner Partei:

> „So bleibt das erste, hauptsächliche Ziel, die volle Beschäftigung, die ausreichende Versorgung des ganzen Volkes sicherzustellen, seine Kaufkraft und seine Lebenshaltung zu heben. Dazu ist, wie die Dinge liegen, ganz unerläßlich, daß der innere Markt erhalten, gehoben und entwickelt wird."

Was ist aus diesem Programm geworden? Ich will nur einige Zahlen anführen. Die 766 Konkurse im Januar 1925 sind auf 1598 im Dezember gestiegen. Die Geschäftsaufsichten vermehrten sich in demselben Zeitraum von 232 auf 1317. Die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie durch die Unterstützungseinrichtungen erfaßt wurden, stieg in dem gleichen Zeitraum von 535 000 auf über eine Million; man kann also sagen, daß das deutschnationale Programm, das die Regierung damals verkündete, in Schall und Rauch aufgegangen ist. Die verantwortlichen Vertreter der Regierung waren sich nicht einmal bewußt, daß sie am Beginn einer gewaltigen Krise standen.

Wenn wir heute eine Wendung zum Besseren wahrnehmen, so ist das kein Verdienst der Deutschnationalen oder des gegenwärtigen Bürgerblocks, denn die Anwendung erfolgreicher Hilfsmittel zur Behebung der Krise ist nicht der Initiative der Deutschnationalen oder der Rechtsparteien im Reichstag ent-